

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 25.08.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	Vertreter für Frau Sabine Wolff
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Annerose Winter	Verw	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Frau Sylvia Tempel	Jobcenter – Gemeinsame Einrichtung	
Frau Martina Grummisch	Jobcenter – Gemeinsame Einrichtung	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	vertreten durch Herrn Manfred Sommer
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Ute Borchert	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Sven Weise	LIGA	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter
4. Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe
5. Genehmigung der Niederschrift vom 23.6.2011
6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 7.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09888
- 7.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle
Vorlage: V/2011/09905
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass Herr Manfred Sommer in Vertretung von Frau Sabine Wolff an der Sitzung teilnimmt und erteilt ihm das Wort.

Herr Sommer teilt mit, dass er den Antrag unter TOP 7.1 zurückstellt, er wird im Oktober neu eingereicht. Zusammen mit dem Antrag zur Einführung des Gender Budgetings im Oktober steht auch der Antrag zur Europäischen Charta im Ausschuss auf der Tagesordnung.

Herr Kogge bittet den TOP 8.1 – Stand Bildung und Teilhabe – im Zusammenhang mit TOP 3 zu verbinden und vorzuziehen.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen bestätigt.

zu 3 Bericht der Geschäftsführung der Gemeinsamen Einrichtung - Jobcent

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Tempel und Frau Grummisch und erteilt ihnen das Wort.

Frau Tempel bittet um Verständnis, dass die aktuelle Statistik bzw. der aktuelle Kreisreport heute nicht verteilt werden kann, sondern erst dem Protokoll beigefügt wird. Sie erläutert die aktuellen Zahlen.

Anschließend wertet Frau Tempel die Statistik zur Bürgerarbeit aus. Zurzeit sind 12.558 Personen in der Bürgerarbeit aktiviert. 2.351 Personen sind durch die Aktivierung Bürgerarbeit in den ersten Arbeitsmarkt eingemündet, 624 Personen wurden ohne nähere Gründe aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet.

zu 4 Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe

Die Ausschussvorsitzende erteilt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Grummisch das Wort.

Frau Grummisch gibt den aktuellen Stand der Antragseingänge bis zur 32. KW für den Rechtskreis SGB II sowie den entsprechenden Bearbeitungsstand bekannt (10.385 Anträge: davon bisher 2.534 Bewilligungen und 217 Ablehnungen). Hauptschwerpunkt sei gegenwärtig die Bearbeitung der Anträge zur gemeinschaftlichen Mittagessenversorgung.

Frau Winter erläutert anschließend die Zahlen für das Sozialamt. Hier liegen 2.234 Anträge (KIZ/Wohngeld) vor, es sind 668 bewilligt. Vorrangig werden die Anträge für das Mittagessen bearbeitet, hier gibt es insgesamt rund 6.000 Anträge, also wesentlich mehr als im Vorjahr über den Halle-Pass. Zurzeit stehen 60.000 Euro insgesamt für alle Leistungen an.

Die Statistik wird dem Protokoll beigelegt.

Frau Krausbeck fragt, ob noch eine große Anzahl von Kindern ohne Bewilligung sind in Kita und Schulen. Frau Winter antwortet, dass für das Mittagessen mit den Caterern vereinbart wurde, hier den Halle-Pass als Grundlage für die Abrechnung zu nehmen.

Frau Krausbeck sagt, dass es im SGBII-Bereich noch zu wenig Bewilligungen gibt. Kann hier Personal zur Verstärkung zur Verfügung gestellt werden?

Herr Kogge gibt zu bedenken, dass mehr Personal in diesem Fall nicht unbedingt mehr Abarbeitung zur Folge hätte.

Frau Tempel informiert, dass nach der im Stadtrat beschlossenen Personalführung auch Schulungen für das Personal durchgeführt wurden. Zusätzliche befristete Kräfte für das Team Bildung und Teilhabe werden spätestens am Mitte September erwartet. Danach soll der Rückstau konsequent abgearbeitet werden.

Frau Grummisch ergänzt, dass auch andere Bereiche des Jobcenters Halle (Saale) einbezogen werden. So nimmt z. B. das Servicecenter des JC telefonischen Kontakt mit den Antragstellern auf, wenn es um das Abfordern fehlende Unterlagen geht.

Herr Schachtschneider fragt, ob es Übersichten gibt, wie viel Anträge auf Mittagessen, Schulbedarf usw. vorliegen und an wie viele Familien gezahlt wird bzw. wurde und ob jeder Antrag einzeln zählt.

Frau Grummisch informiert, dass jeder Antrag entsprechend der beantragten Einzelleistung zu erfassen ist (z. B. Klassenfahrten, Mittagessen usw.). Auf dieser Grundlage wird sichergestellt, dass die Anzahl der eingegangenen und zu bearbeitenden Anträge bundesweit vergleichbar sind. Die Einheitlichkeit der Zählung ist für die Abrechenbarkeit der Ergebnisse sehr wichtig.

Frau Tempel ergänzt, dass das Bildungspaket noch nicht von jedem Kind genutzt wird.

Herr Schachtschneider schlussfolgert, dass auf Grund dessen ja noch mit viel mehr Anträge zu rechnen sei und dies Einfluss auf die Bearbeitungsdauer haben könnte.

Frau Tempel ist sich sicher, dass bei vollständiger Arbeitsfähigkeit des Teams der vorhandene Rückstau abgearbeitet werden kann.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach der Lage und dem Stand der Widersprüche. Welche Gründe liegen bei den 216 Ablehnungen vor? Die Zahl der Kinder ist jetzt höher als früher beim Halle-Pass.

Frau Grummisch informiert über eine breite Palette von Gründen für die Ablehnungen. Bestimmte Fahrten sind nicht bewilligungsfähig, da sie nicht als Klassenfahrten gelten. Die Mittagessenversorgung muss laut Gesetzgeber gemeinschaftlich erfolgen. Es sind derzeit vergleichsweise wenige Widersprüche zu verzeichnen (im Verhältnis zur Anzahl der Anträge).

Herr Kogge sagt, es gibt sechs Möglichkeiten zur Antragstellung. Nicht alle Kinder beantragen alles.

Frau Tempel sagt, dass die Anzahl der Kinder in Halle zum Vorjahr zugenommen hat, dies ist eine normale Entwicklung.

Auch Herr Kogge führt die Entwicklung auf große Geburtenzuwächse zurück.

Herr Müller befragt die Vertreterinnen des Jobcenters zur Gewährung des Schulgeldes in Höhe von 70 Euro zum 01.08.2011.

Frau Grummisch informiert, dass dieses im Rechtskreis SGB II ohne Antrag gewährt wird, wenn ein laufender Hilfeanspruch nach dem SGB II vorliegt.

Frau Tempel ergänzt, dass im vergangenen Jahr für das Schuljahr 2010/2011 insgesamt 100 Euro pro anspruchsberechtigtem Kind gezahlt wurden und dass seit dem Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelungen diese Gesamtsumme in jeweils zwei Teilsummen - 70 Euro zum 01.8. und 30 Euro zum 01.02 – gezahlt wird.

zu 5 Genehmigung der Niederschrift vom 23.6.2011

Die Niederschrift vom 23.6.2011 wird genehmigt.

zu 6 Beschlussvorlagen

Keine

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten **zu 7.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur** **Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2011/09888**

Herr Sommer bittet den Antrag zurückzustellen. Nach dem zu diesem Thema im Oktober stattfindenden Workshop, wird der Antrag erneut eingereicht.

Abstimmungsergebnis: Antrag wurde vom Antragsteller zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die anstehende Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesens zu nutzen, um möglichst zugleich „Gender Budgeting“ (stufenweise) in der Stadt Halle (Saale) zu verankern.

zu 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der **Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle** **Vorlage: V/2011/09905**

Die Ausschussvorsitzende erteilt Frau Bühler das Wort.

Frau Bühler informiert, dass die Stadt versucht, einen Fördermittelgeber für die Streetworkerstelle zu finden. Bei den bisher angefragten möglichen Fördermittelstellen würde eine Förderung nur bei einem freien Träger und nicht bei einer Kommune erfolgen. Deshalb müsste, wenn ein Fördermittelprogramm für die vorgesehene Stelle gefunden würde, auch noch ein Freier Träger gefunden werden, bei dem die Stelle angebonden werden kann und der sich um die Fördermodalitäten kümmert. Bei der Stadt ist eine Förderanbindung nicht möglich. Die Einbeziehung von Wohnungsgesellschaften und Einkaufszentren in die Förderung soll erst erfolgen, wenn eine Grundfinanzierung feststeht.

Frau Hanna Haupt informiert, dass der Antrag auch in den Jugendhilfeausschuss verwiesen wurde und hatte schon dort die Verweisung für nicht notwendig gehalten. Sie hält hier keine große Diskussion für erforderlich.

Herr Schachtschneider wundert sich über die Stellungnahme der Verwaltung durch Herr Dr. Wiegand. Hier wäre jedoch eine Stellungnahme der freien Träger erforderlich, wenn diese Stelle dort installiert werden soll. Herr Schachtschneider glaubt jedoch nicht, dass sich hier die Wohnungsgesellschaften beteiligen werden.

Herr Müller findet auch die Begründung sehr dünn. Er fragt nach der Finanzierung.

Frau Krausbeck spricht an, dass nach der Einrichtung einer solchen Stelle in Leipzig die Beschwerden zu diesem Problembereich zurückgegangen seien. In Halle sind bei konkreten Beschwerden nur ein Eingreifen und eine Interaktion durch das Ordnungsamt möglich. Über diese Stelle jedoch kann eine andere Möglichkeit der Ansprache für die Suchtkranken gefunden werden. Sie erläutert, dass die Wohnungsgesellschaften nicht verpflichtet werden sollen, sondern hier sollte mit ihnen das Gespräch gesucht werden.

Herr Kogge möchte zwei Punkte ergänzen. Hier muss die Förderung eingebunden werden für das erste Jahr. Die Wohnungsgesellschaften sehen die Notwendigkeiten, können die Kosten aber nicht im Rahmen der Betriebskosten abrechnen, sondern müssen dies aus ihren Gewinnkosten.

Im Bereich der Jugendhilfe gibt es auch Projekte, ebenso wird beim Jobcenter Arbeit geleistet. In der Stadt kann freiwillig zusätzlich nichts finanziert werden.

Herr Dr. Wilhelms stimmt Herrn Kogge ausdrücklich zu. 17 Institutionen wurden angeschrieben und alle haben abschlägig geantwortet. Mit den Wohnungsgesellschaften wurden teilweise bereits Gespräche geführt, um eine mögliche Beteiligung abzuklären. Bisher wurde darauf hingewiesen, dass die Sozialarbeiter dort andere Aufgaben haben und eine zusätzliche Mitfinanzierung einer weiteren Stelle nicht denkbar sei.

Herr Müller fragt, warum schon eine Prüfung erfolgte, bevor der Antrag in den Ausschuss verwiesen und dort behandelt wurde. Die Begründung der Verwaltung sollte schon ausführlicher sein. Er bittet Herrn Kogge diesen ausdrücklichen Wunsch mit in die Beigeordnetenkonferenz mitzunehmen.

Frau Bühler informiert, dass die Stelle in Leipzig über EFRE/ESF finanziert wird. In Sachsen-Anhalt ist dies bis 2013 nicht möglich, da hier der Förderschwerpunkt Schulsozialarbeit festgelegt ist.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

7 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die Stadt Halle eine zusätzliche Stelle einer Straßensozialarbeiterin bzw. eines Straßensozialarbeiters für die Zielgruppe der erwachsenen Suchtkranken insbesondere durch Förderprogramme der EU oder andere Förderprogramme finanziert werden kann.
2. Es ist auch zu prüfen, ob ein Teil der benötigten Mittel durch finanzielle Beteiligung z. B. von Vermietern, Wohnungsgesellschaften und Einkaufszentren eingeworben werden kann.
3. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat im November 2011 vorzulegen.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine

zu 9 Mitteilungen

Herr Kogge nimmt Bezug auf die ausgeteilte Stellungnahme zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und erläutert sie.

Außerdem informiert er über die gegenwärtige Haushaltssituation. Im freiwilligen Bereich wird es auf jeden Fall Veränderungen geben müssen (Sport-, Kultur- und Sozialbereich). Er spricht die Problematik des Wegfalls des Einsatzes von Zivildienstleistungen im Förderschulbereich an, hier muss durch den Bundesfreiwilligendienst Ersatz geschaffen werden.

Frau Schneutzer informiert über die neue Internetseite für Ausländer und Migranten. Außerdem wird über den Postweg eine Information zugestellt zur interkulturellen Woche, da sie heute noch nicht vorliegt.

Die Ausschussvorsitzende informiert zum Themenspeicher, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Europäischen Charta auf den November verschoben wird. Dazu informiert Frau Krausbeck, dass die Umsetzung unternommen werden soll, es wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, dazu wird eine Veranstaltung stattfinden.

Herr Schachtschneider informiert, dass einige Blinderhilfseinrichtungen an den Ampeln in Halle nicht funktionieren und fragt nach der Wartung dieser Anlagen. Er bittet um eine Überprüfung.

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Dr. Fischer sich dieser Sache anzunehmen.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Müller fragt zum Haushaltsvollzug, ob auch Pflichtleistungen zur Genehmigung eingereicht werden. Was passiert, wenn das Landesverwaltungsamt nicht antwortet? Außerdem fragt er, ob die Finanzierung der interkulturellen Woche gesichert ist. Er ist der Meinung, die Europäische Charta ist auf die Kommune Halle nicht passend. Die Aspekte der Männer müssen nicht gesehen werden. Die Charta ist schlecht gemacht, können wir hier nicht ein eigenes Konzept machen? Dies ist als Anregung zu sehen.

Herr Kogge antwortet auf die Frage zum Haushalt, dass die Verfügung des Landesverwaltungsamtes klar regelt, dass es freiwillige Aufgaben zukünftig nicht mehr geben wird. Vertraglich gebundene Leistungen gibt es im freiwilligen Bereich nicht mehr, diese sind gekündigt. Wenn im Sozialbereich ein Projekt angefangen wurde, dann ohne Kostenzusage der Stadt. Miet- und Pachtverträge unterliegen Kündigungsfristen. Wenn die Prüfung beim Landesverwaltungsamt andauert, sollten besondere Härten vermieden werden, hier müsste zeitnah gearbeitet werden.

Frau Schneutzer informiert, dass die interkulturelle Woche über Landesförderung schon ein Jahr vorher beantragt wurde, das Geld wurde zur Verfügung gestellt. Halle hat in diesem Jahr die Auftaktveranstaltung.

Frau Drygalla bittet um Information zur geschlechterspezifischen Aufteilung, auch Führungskräfte mit Kindern.

Frau Krausbeck fragt nach der Kündigung von Verträgen.

Herr Kogge sagt, dass alle Verträge ein Jahr laufen, dann laufen sie aus und brauchen nicht gekündigt zu werden. Zwei Verträge wurden angepasst. Ein Träger hat die Arbeit eingestellt, weil nicht mehr finanziert wird.

Frau Krausbeck fragt, welche Anträge wurden in Bezug auf besondere Härte gestellt?
Frau Winter antwortet, dass dies auch kleinere Vereine betrifft, alles wurde beantragt.

Frau Hanna Haupt bittet in der Terminplanung des Ausschusses für 2012 den Termin am 5.1. möglichst zu ändern.

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass für das nächste Jahr Energiekostensteigerungen angemeldet sind und Nachzahlungen für dieses Jahr zu erwarten sind. Sie fragt nach der Übernahme der Nachzahlungen bzw. die Aufforderung zum Umzug. Die Betriebskosten werden dann zu Mieterhöhungen beitragen. Welche Überlegungen gibt es hierzu?
Herr Kogge sagt, dass die Miete nicht erhöht wird, weil die Betriebskosten steigen. Eine Überprüfung hat gezeigt, dass es in Halle kein Wohnungsmarktproblem gibt. Preiswerte Wohnungen gibt es in allen Stadtteilen. Das Umzugsverhalten ist nicht extrem gestiegen. Wenn die Strompreise erhöht werden, sind alle Mieter betroffen. Es ist noch unklar, ob die Höhe der KdU über eine Satzung des Landes oder über eine Richtlinie der Stadt geregelt werden soll. Es gibt keine Meldung, dass die Betriebskosten nicht reichen. Wenn es so sein sollte, muss eventuell die Grundmiete gesenkt werden, damit die Gesamtmiete angepasst werden kann. Herr Kogge sagt, dass nicht bekannt sei, wo die 624 Personen sind, die nach der Frage, ob sie Bürgerarbeiten leisten, fehlen. Diese Personen erhalten auch keine KdU mehr.

Die Ausschussvorsitzende fragt, was passiert, wenn Kosten nicht mehr übernommen werden.

Herr Kogge sagt, dass die Frage nach Umzug nicht immer steht, die Heizkosten können auch vom Mieter gesenkt werden.

Frau Winter ergänzt, dass im Einzelfall auch geprüft wird, wo die Kosten gesenkt werden können.

zu 11 Anregungen

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.09.11

Martina Kerner
Protokollführerin

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende